

Inserate
werden angenommen
in den bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gut. Ad. Schlegel, Hoflieferant,
Gut. Werberstr. u. Breitenstr. Ecke,
Otto Wietisch, in Firma
J. Henmann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Mr. 444

Freitag, 28. Juni.

1895

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
bei unseren Agenturen, ferner
den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse,
Jansen & Vogler A.-G.,
G. F. Danne & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich, Sonn- und Feiertagen ausgenommen, an den Sonntagen und Feiertagen ausgenommen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 4,00 Mk. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,00 Mk. Bestellungen werden durch die Postämter oder durch die Expeditionen der Zeitung oder durch die Agenturen in den Provinzen angenommen.

Inserate, die schlagzeilenartige Zeilen über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Ausgabe 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den Sonntagen und Feiertagen höher, wenn in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 27. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Die Wahl der Abg. Meyer zu Selhausen und Fr. Klasing (2. Minden) und des Abg. v. Baumbach (S. Cassel) werden für gültig erklärt.

Es folgt die zweite Verathung des Gesetzentwurfs über die Verpflegungsstationen.

§ 1 stellt das Prinzip fest, daß an geeigneten, in angemessener Entfernung von einander liegenden Orten „nach Bedürfnis“, welche Worte von der Kommission hinzugefügt sind, Verpflegungsstationen einzurichten sind, wo mittellose, arbeitsfähige, Arbeit suchenden Männern gegen Arbeitsleistung vorübergehend Verpflegung und Nachtlager gewährt wird. Die Kommission fügte ferner die Bestimmung hinzu, daß von der Arbeitsleistung in besonderen Fällen, worüber § 8 näheres bestimmt, Abstand genommen werden kann.

Abg. Frh. v. Zedlitz (H.) bemerkt, seine Partei müsse ihre Zustimmung zum Gesetz von der Annahme von ihr gestellter Anträge zu § 2 und § 6 abhängig machen. Besonders wichtig sei die Frage, ob ein Staatszuschuß gewährt werden solle. Dieser sei notwendige Voraussetzung der Kommissionsvorläge. — Redner richtet die Frage an die Regierung, ob sie einen Staatszuschuß bewilligen wolle.

Minister Dr. Miquel: Ich kann Sie nur bitten, den § 3 (in § 3 wird nach dem Kommissionsbeschluss festgesetzt, daß der Staat ein Drittel der Kosten für die Verpflegungsstationen zutragen hat) abzulehnen und die Fassung der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Namens der Staatsregierung erkläre ich, daß im anderen Falle das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sein würde. (Unruhe rechts.) Wir erblicken in dem Prinzip der Vorlage eine sehr wesentliche sozialpolitische Aufgabe und würden bedauern, wenn lediglich wegen dieses Anspruchs, der seitens der Kommission an den Staat erhoben wird, das ganze Gesetz scheitert. Unsere ablehnenden Gründe sind folgende: Zuerst erscheint es vom rein finanziellen Standpunkt aus bedenklich, den Staat, nachdem er schon den Kommunen bedeutende Einnahmequellen überwiesen hat (Unruhe rechts), und ihnen dadurch die Aufgaben der Selbstverwaltung erleichtert hat, nunmehr mit einer Ausgabe von 700 000 bis 800 000 Mark zu belasten, die gegenüber der jetzigen Finanzlage des Staats am aller-nächsten berechtigt wäre. Nach der ganzen Konstruktion unserer Verwaltung und der Verteilung der Aufgaben innerhalb der Gesamtverwaltung liegt die Fürsorge für arme und hilflose in Preußen den Gemeinden, Kreisen und Provinzen ob, und der Staat hat früher sehr erhebliche Mittel gerade den Provinzen zu diesem Zwecke überwiesen. Ich würde es für einen sehr bedenklichen Schritt halten, wenn hier der Anfang gemacht würde, den Staat in diesen Verwaltungszweigen hineinzuziehen, zumal man gar nicht weiß, zu welchen Konsequenzen das führt. Der Schritt würde um so bedenklicher sein gegenüber vielfach hervortretenden Tendenzen, auch auf diesem Gebiet zu größerer Centralisation zu kommen, während wir umgekehrt stets in Uebereinstimmung mit dem Hause anerkannt haben, daß gerade auf diesem Gebiet der Armensfürsorge eine zweckmäßige Dezentralisation das Beste ist. Wir widerstreben einer solchen Centralisation grundsätzlich. Wenn Sie vom Staat ein Drittel der Kosten verlangen, so ist die notwendige Konsequenz, daß der Staat entweder in die Lage kommt, diesen Zuschuß zu leisten, ohne auf die ganze Verwaltung einwirken zu können, oder aber eingegriffen wird, in dieser Verwaltung eine maßgebende Stellung einzunehmen, d. h. der Selbstverwaltung eine starke bürokratische Einmischung zu geben. Obwohl die Kommission ja bemüht gewesen ist, die Einwirkung der Staatsbehörden auf diesem Gebiet möglichst zurückzuführen, würde selbst nach ihren Beschlüssen die staatliche Einwirkung eine sehr entscheidende sein und in einer mehr egalisierenden Weise gehandhabt werden, als wenn der Staat finanziell bei der Sache nicht betheiligt ist. Es scheint mir fast so, als wenn in der Kommission die Gegner des Prinzips des Gesetzes sich mit den Freunden dadurch verflüchtigt haben, daß sie den begünstigten Ausweg gewählt haben, die Sache auf die allgemeine Staatskasse zu wälzen (Heiterkeit und Zustimmung). Die Uebnahme eines Theils der Kosten auf den Staat müßte dahin führen, daß einzelne Provinzen, welche geringe Ausgaben hätten, überlastet werden, während diejenigen Provinzen, die nach ihren gesammten wirtschaftlichen Verhältnissen höhere Lasten zu tragen hätten, weil sie in ihnen vorzugsweise große Arbeitermassen ankaufen und schwankende Beschäftigung der Arbeiter vorhanden ist, durch Heranziehung des Staates entlastet werden. Sie werden nun zu sehen müssen, daß die Ablehnung des Staatszuschusses keineswegs auf rein fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auf allgemein sozialpolitischen Gesichtspunkten beruht und auf solchen, die sich aus unserer ganzen Verwaltungsorganisation ergeben. Ich bitte Sie trotzdem, sich nicht abschrecken zu lassen, das Gesetz zum gezielten Abschluss zu bringen. (Große Heiterkeit.) Der Staat wird durch Zahlung von 7, bis 800 000 Mark auf diesem Gebiet gebindert, seine Kulturmission auf anderen dringlichen Gebieten zu erfüllen. Wenn das Haus das Bedürfnis für diese Vorlage anerkennt, wenn es eine wesentliche sozialpolitische Aufgabe darin erblickt, so kann die Kostenverteilung kein wesentliches Hindernis bilden, das Gesetz zu verabschieden.

Abg. Seydardt (H.) bittet namens seiner Partei, das Gesetz in der Fassung der Kommission anzunehmen, da sonst eine Verfrühdung überhaupt nicht möglich sei.

Abg. Bartels (H.) Zur Aufrechterhaltung der Verpflegungsstationen gehört, wie die Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben, ein großer Gemeinfinn; sonst wird das Land freierwerden und der deutsche Wandertrieb nur gefördert. Die Bagabondage und Bettel ist einzuschränken ist nur möglich durch Einrichtung einer genügenden Zahl von Arbeitsnachweiskeitellen, welche für jede Provinz in der Hand der Provinzialverwaltung zu konstatieren sein würde und zwangweise Unterbringung von Arbeits-

losen in staatliche Arbeitsstationen. Ich werde gegen den § 1 des Gesetzes stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Frh. v. Güne (H.): Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme der Kommissionsvorlage in der Voraussetzung, daß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Verständigung erzielen läßt. Die Vorschläge des Abg. Bartels halte ich nicht für richtig, da ich fürchte, daß hierdurch den Handwerkern eine große Konkurrenz erwachsen wird. Ich erkenne den Werth der Verpflegungsstationen vollkommen an.

Abg. Barthold (H.): Bei uns haben die Verpflegungsstationen lediglich das Bagabondentum gefördert. Die Freizügigkeit und die Passfreiheit müssen in erster Linie beseitigt werden, wenn die Bagabondage wirksam bekämpft werden soll. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, Arbeiterkolonien zu schaffen, wozu man die Arbeitslosen schickt und sie eventuell mit kräftigem Nachdruck zur Arbeit zwingt. Ich bitte, den § 1 abzulehnen, falls uns die Regierung nicht mehr entgegenkommt.

Abg. Frh. v. Voelberg (H.): An und für sich haben die Verpflegungsstationen, wie sie jetzt bestehen, abgewirtschaftet. Viel wichtiger ist die Errichtung von Arbeitsstätten, deren Kosten ja nicht zu bedeutend sind. Die Annahme des § 1 hängt für mich davon ab, ob die Arbeiterkolonien in den Vordergrund gestellt werden oder nicht.

Abg. v. Pappenheim (H.): Die Verpflegungsstationen haben sich nur da nicht bewährt, wo man die ethische Bedeutung derselben verkennt. Wünschenswerth ist es, daß jede Verpflegungsstation eine kleine Arbeiterkolonie wird, damit die dort Aufgenommenen eine Gegenleistung zahlen und von dem Gefühl befreit werden, als bettelten sie. Wenn die Vorlage dadurch fällt, daß der Staat sich gemeldet hat, einen Zuschuß zu geben, so hat der Staat auch die Verantwortung für die Zustände zu tragen, die dann hereinbrechen. Thatsächlich wird der Staat noch ein gutes Geschäft machen, da das Nationalvermögen hierdurch vermehrt wird. Auch die Herstellung unserer Rechtschaffenheit ist Sache des Staates, und gerade diese wird durch die Bagabondage gefördert. Die Freizügigkeit besteht nun einmal, wir müssen also darauf bedacht sein, die Uebelstände zu beseitigen. Nach meinen Erfahrungen gehört der größte Theil der Besucher der Verpflegungsstationen zu den ehrlichen Arbeitern, wir im Westen haben nicht mit dem Auswurf der Menschheit zu thun, weil bei uns die Stationen gut verwaltet werden. Wir haben die Pflicht, für die zu sorgen, die ein unerbittliches Schicksal auf die Landstraße geworfen hat, und die nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Je mehr wir die Stationen fördern, desto mehr werden wir die ethischen Bestrebungen des Gesetzes fördern. Des bitte ich Sie wohl zu überlegen, bevor Sie das Gesetz in zweiter Lesung ablehnen. (Beifall.)

Abg. Dr. Langerhans (Freis. Wpt.): Ich verhehe nicht, daß die Regierung ihre materielle Hilfe in einer Frage verlagert, die nach ihrem eigenen Ausspruch von eminent großer Wichtigkeit in sozialer Hinsicht ist. Wenn Sie sagt, daß sie keine Geldmittel gewähren will, weil es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die dezentralisiert werden muß, so ist sich ja letzteres durch Einzelbestimmungen machen. Will aber die Regierung jetzt nicht einreten, so erkennt sie einfach die Wichtigkeit des Gesetzes nicht an. Vorläufig bitte ich Sie, das Gesetz so anzunehmen, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist. Wir wollen doch sehen, ob die Regierung es wagen wird, ihre Unterstützung zu versagen, wenn das Haus in seiner Mehrheit diese Maßregeln für gut hält. Es handelt sich in erster Linie nicht darum, arbeitsfähige und arbeitsfähige Leute, die auf der Wanderschaft sind, eine Bettlage zu beschaffen, sondern vielmehr darum, durch Arbeitslosigkeit enttrotzte und in Folge dessen arbeitslos gewordene Menschen wieder durch strenges Regiment zum Arbeiten zurückzuführen. Das ist eine so wichtige Aufgabe für den Staat, eine so große Wohlthat für den einzelnen, daß sich die Regierung dieser Einsicht nicht verschließen sollte. Es ist wiederholt gesagt worden, man solle solche Maßregeln den Provinzen überlassen. Aber auch hier ist es doch natürlich, dem Staat eine größere Aufsicht zu geben, sonst wird bald der Eifer zur Förderung derartiger Werke erlahmen. Aber die bloße Errichtung der Stationen allein genügt nicht. Es müssen mit ihnen Arbeitsnachweise und Arbeiterkolonien verbunden werden. Gerade in den Gegenden, wo dies nicht erfolgt ist, sind die Stationen bald zu Grunde gegangen. Wir müssen bestrebt sein, einer großen Zahl arbeitsfähiger Menschen wieder das Bewußtsein der Menschenwürde zu geben, und dazu muß der Staat seine Hilfe gewähren. Allerdings werden dann wieder die gewöhnlichen Klagen entstehen, wie wir sie bei der Konkurrenz der Gefängnisarbeit von allen Seiten hören. Man sollte deshalb diese Leute ähnlich beschäften, wie wir es in Berlin thun. Wir geben den Fortgebliebenen, deren durchschnittliche Arbeitskraft freilich nur ein Sechstel bis ein Achtel der gewöhnlichen beträgt, Arbeit auf den Kleinfeldern. In gleicher Weise könnte auch der Staat vorgehen. Ich bin überzeugt, daß die Erklärung der Regierung nicht als eine blinde anzusehen ist. Nehmen Sie deshalb den Entwurf in der Kommissionsfassung an, aber nur als einen ersten Anfang, der noch weiter ausgebildet werden muß, um etwas Ersprießliches zu erzielen. (Beifall.)

Abg. Winkler (H.) erklärt, für ihn sei weder die Regierungsvorlage noch die Kommissionsvorlage annehmbar. Das Gesetz widerspreche dem Geist der Selbstverwaltung. Man solle die ganze Beschäftigung über diesen Gegenstand der Provinzialverwaltung überlassen. Ein Zuschuß des Staats sei unerlässlich. Ein erheblicher Theil seiner politischen Freunde würde gegen den Entwurf stimmen. Nach Ablehnung der Vorlage sollten die Provinzialverwaltungen befragt werden, ob eine gesetzliche Regelung notwendig sei. Sollte ein Gesetz ausgearbeitet werden, so müsse es in den Rahmen der provinziellen Selbstverwaltung eingefügt werden (Beifall rechts.)

Abg. Pleh (H.) bemerkt, mit diesem Gesetz werden die Uebelstände, die der Staat durch seine wirtschaftliche Gesetzgebung geschaffen, nicht aus der Welt schaffen, es müsse Organisation des Handwerks stattfinden.

Die Debatte wird nunmehr geschlossen.

Aus der Abstimmung werden zunächst die Worte „Gemäß § 8“ ausgeklammert. Ohne diese Worte wird § 1 mit geringer Mehrheit

angenommen. Sämmtliche Parteien stimmten getheilt. Von den Konservativen stimmte die Mehrzahl gegen § 1.

Nach § 2 sind zur Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Stationen die Kreise verpflichtet, innerhalb deren die Stationen belegen sind.

Abg. Frh. v. Zedlitz (Freis.) stellt und begründet einen Antrag, wonach Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Verpflegungsstationen Angelegenheit der Kreise, die Bestimmung darüber, an welchen Orten Verpflegungsstationen einzurichten oder beizubehalten sind, sowie der Erlass von Vorschriften über Einrichtung, Verwaltung und Benutzung der Stationen, über die Wander- und Arbeitsordnung und die Aufsicht über deren Durchführung Sache der Provinz ist.

Abg. Ehlers (Frei. Wpt.) tritt für den Antrag ein und erklärt sich im Prinzip gegen staatliche Regelung der Verpflegungsstationen. § 2 wird in der vom Abg. Frh. v. Zedlitz beantragten Fassung angenommen.

Nach § 3 der Kommissionsfassung sind den Kreisen alljährlich nach erfolgter Rechnungslegung zwei Drittel der Kosten zur Hälfte aus Staatsmitteln, zur Hälfte vom Provinzialverband zu ersetzen. Der Stadt Berlin soll seitens des Staates nur $\frac{1}{3}$ ersetzt werden. (Die Regierungsvorlage vertheilte die Kosten zu gleichen Theilen auf Provinz und Kreis.)

Abg. Frh. v. Güne (H.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage in der Form, daß von den Kreisen ein Drittel, von den Provinzen zwei Drittel der Kosten getragen werden.

Minister Miquel erklärt demgegenüber die Regierungsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe zu unwirtschaftlicher Einrichtung der Verpflegungsstationen.

Im Verlauf der weiteren Besprechung erklären sich die Abg. v. Kardorff und Dr. Gerlich (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungsstationen. Abg. Gerlich führt aus, er habe sich schlechte Kleidung angeeignet und auf der Landstraße mit den Buren gekloppt. Da habe sich ergeben, daß sie durch die Stationen schematisch zur Bummelzeit erzogen werden. Einige hätten sich sogar beschwert, daß sie Sonntags Abends in der Station kein warmes Abendbrot bekommen hätten. Der Entwurf trage keinen ethischen Charakter, sondern verführe zur Bagabondage, er sei geradezu kommunistisch.

Unter Ablehnung des Antrags Güne wird § 3 in der Kommissionsfassung, also mit dem Staatszuschuß angenommen.

§§ 7 und 8 werden entsprechend dem zu § 7 angenommenen Antrag Zedlitz gestrichen.

Zu § 9 empfiehlt

Abg. Barthold (H.) einen Abänderungsantrag, wonach derjenige, der Aufnahme in eine Verpflegungsstation suche, innerhalb der letzten vier Wochen wenigstens zeitweise in Arbeit gestanden haben muß. Durch die Kommissionsfassung, in welcher statt vier Wochen vier Monate gefordert sind, würde dem Streich und dem Kontrakt der Thür und Thor geöffnet.

Abg. Kirch (H.) beantragt, den ganzen § 9 zu streichen; sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantrage er, auch denjenigen von der Aufnahme auszuschließen, der wegen Urkundenfälschung bestraft ist.

Geb. Rath Trött zu Solz bittet den Antrag Kirch aus Zweckmäßigkeitsgründen abzulehnen. Der Antrag Barthold ist überflüssig, da nicht jeder, der den geforderten Bedingungen entspricht, ein Recht auf Verpflegung hat.

Der Hauptantrag Kirch und der Antrag Barthold werden abgelehnt, dagegen das Amendement Kirch und mit ihm § 9 in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 10 begründet

Abg. v. Tschöppe (H.) einen Antrag, wonach nicht nur derjenige, welcher aus Arbeitslosse die Verpflegung der ihm angewiesenen Arbeit verweigert, sondern überhaupt jeder, der sich weigert, eine ihm in der Station überwiesene Arbeit auszuführen mit Haft bestraft wird.

Abg. Kirch (H.) befürwortet die Streichung der Bestimmung, daß derjenige mit Haft bestraft wird, der die Anstalt verläßt, die ihn von der Aufnahme in eine Verpflegungs-Anstalt ausschließt.

§ 10 wird mit beiden Abänderungsanträgen angenommen, desgleichen ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Gesetzentwurf, betr. Verpfändung von Kleinbahnen.)

Deutschland.

Berlin, 27. Juni. [Kirchliches Leben und Sozialdemokratie.] Gegenwärtig ist die Zeit der Kreis- und Stadtsynoden. Handelt es sich in den Verathungen auch zumeist um speziell kirchliche Angelegenheiten, so werden doch auch Dinge von allgemeinerem Interesse berührt. So wurde in einer der hier tagenden Kreissynoden (für den Süden der Umgebung Berlins) darauf hingewiesen, wie rührig sich überall die Katholiken zeigen. Deutlich trete das Bestreben hervor, auswärtige katholische Arbeiter heranzuziehen und die einheimischen Kräfte zurückzustellen. Näheres über diese auswärtigen Arbeiter erfuhr man nicht; wahrscheinlich aber sind es Polen. Die bevorstehende Volkszählung, bei der hoffentlich auch nach der Muttersprache gefragt werden wird, dürfte über das Anwachsen der Polen in und bei Berlin Ueberraschungen bringen. Die Hauptklage auf den Kreissynoden ist, daß die Sozialdemokratie das kirchliche Leben schädigt. Manche Zahlen zum Beweise hierfür sind in hohem Grade bemerkenswerth. In Köpenick waren im letzten Jahre von 708 Begräbnissen nur 142 kirchliche. Im Dorfe Pantwitz erfolgten von 70 Begräbnissen gar nur 11 mit geist-

licher Begleitung. In Rixdorf wurden von 487 Eheschließungen nur 153 kirchlich eingetragene, in einem anderen Orte von 60 nur 28, in einem dritten von 17 nur 8. Zur Würdigung dieser Angaben muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heranziehung von Geistlichen zu Trauungen, Begräbnissen und auch Taufen keinen Pfennig mehr kostet, seitdem der Staat Entschädigungen für den Fortfall der Stolzgebühren zahlt. Man kann im übrigen nicht sagen, daß die Sozialdemokratie ihrer Versicherung, sich nicht in religiöse Dinge zu mischen, insofern entgegenhandle. Die Zurückhaltung der Partei von dem Gebiete der Religionsfragen mag aus taktischen Gründen, namentlich wegen der Gewinnung der Handarbeiter, geübt werden, aber sie wird tatsächlich geübt, und weder in den sozialdemokratischen Blättern noch in Versammlungen kommen Angriffe auf die Konfessionen vor. Um so mehr Beachtung verdient die Begleiterscheinung zur Ausbreitung der Sozialdemokratie, nämlich eben dieses ganz in der Stille und ohne äußerliches Hinzutreten sich vollziehende Schwinden des kirchlichen Geistes.

Das „Kl. Journ.“ berichtete, wie gemeldet, der Kaiser sei deshalb plötzlich nach München gereist, weil der Prinzregent sein Erscheinen in Kiel abgesagt habe, da die Kaiserin bei dem Festmahl in Hamburg durch einen Senator zu Tisch geführt werden sollte. Die „Münch. Allg. Ztg.“ bezeichnet diese Nachricht als eine „gänzlich aus der Luft gegriffene frivole Erfindung“. — Wie mitgeteilt, hatte das „Kl. Journ.“ hinzugefügt, es werde an seiner Nachricht trotz aller Dementis festhalten.

Da die Ermordung des Deutschen Rostrosch in Marokko seitens der marokkanischen Regierung noch keine Genugthuung erfahren hat, so geht ein Gesandter bestehend aus dem Panzer „Hagen“, dem Kreuzer „Kaiserin Augusta“ und dem Schulschiff „Stosch“ am Sonnabend von Kiel nach Marokko ab.

Die Getreide-Einfuhr in das Deutsche Reich betrug im Mai im Vergleich zum Vorjahr 1 332 249 (682 782) Doppelcentner Weizen, 1 174 725 (457 385) Doppelcentner Roggen, 353 911 (476 581) Doppelcentner Hafer, 982 377 (584 740) Doppelcentner Gerste, 42 355 (68 202) Doppelcentner Raps und Rübsaat, 274 887 (690 171) Doppelcentner Mais und Darr. Von Januar bis Mai wurden eingeführt: 4 557 717 (3 093 644) Doppelcentner Weizen, 2 826 792 (1 350 483) Doppelcentner Roggen, 968 544 (1 614 276) Doppelcentner Hafer, 3 664 424 (3 782 106) Doppelcentner Gerste, 246 142 (328 896) Doppelcentner Raps und Rübsaat, 886 600 (3 251 036) Doppelcentner Mais und Darr.

Von berufener Seite wird gemeldet, daß die preussische Regierung eine Konversion der vierprozentigen Konsols nicht beabsichtigt. Die Frage einer Konvertierung würde überhaupt erst dann in den Gesichtskreis der Regierung gezogen werden, wenn die gegenwärtigen anormalen Zinsverhältnisse sich stabilisieren sollten. Solches dürfte aber vorläufig nicht zu erwarten sein.

Wie die „Post“ erfährt, haben die Geh. Ober-Regierungsräte Sieffert und Wilhelmi am Montag

eine Reise nach Oesterreich angetreten, um dort die mit der Zwangsorganisation des Handwerks gemachten Erfahrungen zu studieren.

Zum Jagdpolizeigesetz hat das Herrenhaus bekanntlich auf Antrag des Grafen Kündowström eine Novelle angenommen, welche sich bezog auf das Eigentumsrecht an dem auf dem Eisenbahnterrain verordneten Wild. Die Kommission des Abgeordnetenhauses empfiehlt Ablehnung der Novelle, weil man der Ansicht war, daß noch andere Bestimmungen des Jagdpolizeigesetzes der Aenderung bedürftig seien. Es wurde deshalb eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Revision des Jagdpolizeigesetzes vorzunehmen.

In der am Donnerstag abgehaltenen Präsidentschaftswahl für das Herrenhaus des die Kreise Bielefeld, Bielefeld, Graubenz, Straßburg, Bielefeld umfassenden Landstagsbezirks Rulmerland ist der Rittergutsbesitzer von Loga auf Wichorsee, Kreis Rulm, gewählt worden.

Der Hamburger Senat veröffentlicht den Dank des Kaisers und der Kaiserin für dessen patriotische Aufnahme in Hamburg.

Aus dem Gerichtssaal.

F. Ostrowo, 27. Juni. In der gestrigen Schwurgerichtssitzung hatte sich der Landstreicher Carl Clant ohne festen Wohnsitz wegen Brandstiftung zu verantworten. Derselbe war schon mehrfach vorbestraft, darunter zu vier Jahren Zuchthaus wegen vorläufiger Brandstiftung. Im April cr. kam er, nachdem er erst kurze Zeit aus dem Landarmenhaus zu Görtz entlassen war, mit einer Harmonika, mit der er sich durch Spiel ernährte, in ein Dorf in der Nähe von Bunn. Hier wurde ihm wegen seines reduzierten Aussehens Schlafstelle verweigert, er begab sich in das nächste Dorf Kuchalla, auf der Landstraße zwischen Krotoschin und Bunn gelegen, woselbst ihm von dem dortigen Gastwirt Reich nach anfänglichem Weggang eine Schlafstelle in der vom Hause etwa 30 Meter entfernten Scheune gewährt wurde. Kurze Zeit, nachdem er sich zur Ruhe begeben, um 11 Uhr Abends, stand eine derselben angrenzende Scheune, welche dem Wirtz Grüllsch gehörte, in Flammen. Das Gebäude sowohl als auch die Stroh- und Heuborräume sowie mehrere landwirtschaftliche Maschinen wurden vom Feuer zerstört. Der Ausbruch des Feuers wurde vom alten Grüllsch zuerst bemerkt, er sah auch einen Mann in der Gestalt des Angeklagten auf die Reichsche Scheune zuellen und der Verdacht lenkte sich gleich auf den Angeklagten. Grüllsch holte sofort die Feuerwehr herbei, die den Brand zu löschen suchte. Nach erfolgter Verhaftung leugnete er die That, später hatte er aber die Freibethat eingeräumt und gesagt, er habe aus H. gegen den Wirtz, weil er kein Abendbrot erhalten habe, die Nachbarscheune angezündet, damit auch die des Reich zerstört werde. Bei der gestrigen Hauptverhandlung leugnete er wiederum, und da trotz des dringenden Verdachts keine genügenden klaren Beweismittel gegen ihn vorhanden waren, so verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Berlin, 27. Juni. Der Zweifampf, welcher als eine Folge des so viel erwähnten Hofstandals zwischen dem Vetter des Ceremonienmeisters v. Roke, Rittmeister a. D. Dietrich v. Roke, einerseits und dem Ceremonienmeister und Kammerherrn Frhrn. v. Schrader andererseits stattfand, beschliffte heute die erste Strafkammer des Landgerichts II. Wie erinnert sein wird, soll Frhr. v. Schrader den Ceremonienmeister v. Roke in enge Verbindung zu den anonymen Briefen Standbalken Inhalts-Geschäft und an den königlichen Hausminister, Frhr. v. Weber-Biesdorf einen Brief gerichtet haben, der schwere Beschuldigungen gegen Herrn v. Roke enthielt. Der vorgenannte Verwandte des Letzteren ließ darauf den Frhrn. v. Schrader durch den Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ Freiherrn von Hammerstein, als Kartellträger fordern. Die Forderung lautete auf gezogene Pistolen mit drei-

maligem Kugelwechsel und fünfzehn Schritt Entfernung. Am 21. Januar d. J. in früher Morgenstunde fand der Zweikampf im Grunewald statt. Keiner der Duellanten wurde verwundet. Den Vorsitz in der heutigen Verhandlung führte Landrichter von Haugsdorf, die Anklagebehörde vertrat Assessor Meyer, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Lobe. Das „Berl. Tgl.“ berichtet: Der Vorsitzende erklärte, daß der Kugelwechsel ohne Wille und Stieber stattgefunden hatte, daß als Sekundanten des Angeklagten v. Roke der Frhr. v. Hammerstein und der Oberpräsidialrath Frhr. v. Brandenstein fungiert hätten, die Sekundanten des Herrn von Schrader seien nicht genannt. (Hofmarschall der Kaiserin Friedrich Frhr. v. Reichenbach und Kammerherr v. Blumenthal.) Das Amt des Unparteilichen hatte Graf v. Tschirsky-Rönard ausgeübt. Die Angeklagten erklärten, daß sie keine Veranlassung hätten, sich über die Ursache des Duells auszulassen. Der Staatsanwalt beantragte das zulässig niedrigste Strafmaß, je drei Monate Zuchthaus. Der Verteidiger verzichtete aufs Wort. Der Gerichtshof erklärte, wie schon telegraphisch gemeldet, nach dem Antrag des Staatsanwalts. Es liege keine Veranlassung vor, über das gesetzlich niedrigste Strafmaß hinauszugehen. Die ganze Verhandlung nahm eine Viertelstunde in Ans. ruf. Wie sie gekommen, entfernten sich die beiden Angeklagten, ohne sich gegenseitig einen Blick zuzuwenden.

* Offen a. Ruhr, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurden Schröder, Vorsitzender, und Meyer, Kassirer des sozialdemokratischen deutschen Bergarbeiterverbandes, unter dringendem Verdachte des Meineides verhaftet.

W. B. Hamburg, 27. Juni. In der heutigen Fortsetzung des Prozesses gegen die Banknotenfälscher Thies und Genossen wurde das Zeugenverhör beendet. Die Angeklagten erklärten sich des ihnen zur Last gelegten Verbrechens in den Hauptpunkten für nicht schuldig. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig gegen Thies und Cronmeyer wegen Münzverbrechens, gegen Restler wegen versuchter Veräußerung falscher Banknoten, gegen Weber wegen der unterlassenen Anzeigebefugnis Thies und Cronmeyer, dagegen das Nichtschuldig hinsichtlich des Angeklagten Jentich.

P e r m i s c h t e s .

+ Aus der Reichshauptstadt, 27. Juni. Herr Melage befindet sich zur Zeit noch in Berlin. Er hat den Abgeordneten, welche die Alexianerabtei im Abgeordnetenhaus entrichteten, mit seinen Erfahrungen zur Seite gestanden. Melage ist nach dem „B. Tgl.“ ein groß gewachsener, schlanker Mann von starkem Knochenbau und intelligenten, sympathischen Zügen. Seine hohe, lantige Stirn verrät Scharfsinn und Energie.

Bezüglich des Unglücks auf der Oberspreewaldsee scheint nach der Untersuchung jetzt soviel festzustehen, daß die Bedienung des Rinte, sein Boot sei durch den Dampfer „Kaiser Friedrich“ angekonnt und dadurch gegen den Dampfer „Kuffhäuser“ geschleudert worden, unzutreffend ist. Nach den Aussagen von Zeugen, sowohl des Schiffspersonals, wie von Zuschauern, hat der „Kuffhäuser“ in der Nähe von Tobberts Waldfischhöfen einen Sternendampfer, den erwähnten „Kaiser Friedrich“ überholt. Als der „Kuffhäuser“ an dem Bionierabungsplatz vorüberfuhr, vernahm der Kapitän Hilferuse, und er sowohl, als auch der Steuermann und der Ausguck haltende Schiffsjunge sahen etwa 50 Meter vor sich einen auf dem Wasser schwimmenden dunklen Gegenstand, der am Bordbord des „Kuffhäuser“, dessen Maschine sofort zum Stillstehen gebracht wurde, einhertrieb. Der an Bord aufgenommene Rinte erklärte auf Befragen, wie das Unglück geschehen, sich zuerst dahin: „Ich weiß von nichts, ich schüttelte auf, bekam erst ein warmes Sturzbad und dann ein kaltes, und dann war ich weg!“ Der Verdacht einer Erkrankung an schwarzem Boden liegt bei zwei Personen vor, die gestern Abend zur Beobachtung in die Köchigen Baracken gebracht worden sind. Es handelt sich um die Witwe eines Arztes, Frau R. und deren Sohn, einen Kandidaten der Medizin.

Industrie und Gewerbe in Stadt und Provinz Posen.

XVIII.

Nachdruck verboten.

F. H. Brombergs Industriestätten.

III.

Außer den bisher besprochenen Dampfsägewerken von Bromberg-Stadt und Umgegend hat die Stadt noch andere, der Holzbranche angehörige Industriewerkstätten aufzuweisen. Es sind dies die Möbelfabriken. Die vornehmste und renommierteste derselben ist unstreitig die Möbelfabrik mit Dampfbetrieb von Fr. Hege (Schwedenbergstraße). Begründet im Jahre 1817, hat sich die einfache Tischlerwerkstätte im Laufe der Jahre zu der jetzigen Höhe, zu einer Industriestätte ersten Ranges emporgeschwungen, nachdem im Jahre 1874 dieselbe außerdem noch Dampfmaschinenbetrieb erhalten. In den luftigen und geräumigen Fabrikräumen sind 25 Holzbearbeitungsmaschinen aufgestellt, welche die zumeist aus Amerika ankommenden Hölzer — Kirschbaum Mahagoni etc. — zu Möbeln und feinem Baueinrichtungen bearbeiten. Beschäftigt in der Fabrik sind 200 Leute, darunter außer Handwerkern, wie Tischler, Drechsler, Tapezierer etc., Bildhauer, Dekorateur und Zeichner. Die letzteren liefern in einem eigens eingerichteten Zeichensaale die Entwürfe für die verlangten und anzufertigenden Möbelstücke. Das Absatzgebiet der Fabrikate ist ganz Deutschland, vom Pregel bis zum Rheine und darüber hinaus. Abgesehen von dem Möbellager besitzt die Firma auch ein großes Lager von Stoffen und Teppichen, überhaupt von allen Gegenständen, welche zur vollständigen Einrichtung einer Wohnung, der feinsten sowohl, wie der einfachsten Bürgerwohnung gehören. Die Möbel aus der Fr. Hege'schen Fabrik, deren Firmeninhaber die Gebrüder Paul und Gustav Hege sind, erfreuen sich überall eines guten Rufes. — Von Möbelfabriken und größeren Tischlereien mit Dampfbetrieb nennen wir noch die große Möbelfabrik von Reimann (Posenerstraße), von dem Vater des jetzigen Inhabers vor ca. 40 Jahren gegründet, ferner die Möbel- und Polsterwaren-Fabrik von Julius Grünwald (Mittelstraße), ebenfalls ein altes renommiertes Geschäft. Erwähnenswert ist ferner die Tischlerei von Emil Menning (Schwedenbergstraße), welche in ihrer mit Dampfbetrieb eingerichteten Werkstätte nur Bautischlerarbeiten liefert und die Tischlerei mit Dampfbetrieb von Karl Lorenz (Gammstraße), welche sich jedoch nur auf die Anfertigung von geschweiften Möbelstücken beschränkt. — Eine andere, schon seit vielen Jahren hier bestehende, recht bedeutende Tischlerei ist die von Karl Duandt (Thornerstraße).

In Bezug auf die Ziegelproduktion zu Bau- und anderen Zwecken nimmt Bromberg und die nächste Umgegend ebenfalls eine nicht unbedeutende Stelle ein; es hat dies schon darin seinen Grund, weil das Material, welches diese Fabrikstätten verarbeiten, sich in großen Massen hier vorfindet und der Boden, auf denen diese Fabriken stehen, ihnen dasselbe — den Lehm und Thon — liefert. Eine Ziegelbrennerei wurde (nach Kühnast, Gesch. Brombergs) schon im Jahre 1682 angelegt. Ob dieselbe sich unter den jetzt noch hier vorhandenen befindet, ist nicht bekannt. Die bedeutendste Ziegelbrennerei in der Stadt ist gegenwärtig die von J. G. Neumann (Inhaberin Ida Verch). Die Fabrik und Firma zählt auch zu der ältesten der Stadt, denn ihre Gründung fällt in das Jahr 1800. Im Jahre 1863 wurde die Ziegelei bedeutend erweitert, mit dieser Erweiterung auch gleichzeitig das alte Brennverfahren durch Herstellung eines Ringofens nach dem System vom Baurath Hoffmann eingestellt und ein neues Brennverfahren eingeführt. Der Neumann'sche Ringofen war übrigens der erste Art, der in den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen, überhaupt in unserm Osten hergerichtet wurde. Im Laufe der Jahre ist die Fabrik mehr und mehr erweitert und den Erfahrungen der Neuzeit auf ihrem Gebiete gemäß mit den nöthigen maschinellen Einrichtungen mittels Dampfbetriebes etc. versehen worden. So ist neuerdings auf dem Grundstücke ein 12 Meter hoher und 7 Meter breiter Trockenschuppen erbaut worden. In die betreffenden Stagen wird das fertige, aber noch nasse Ziegelmateriale durch Elevatoren geschafft und von dort demnächst auf Geleisen an die Trockentore verfahren, von wo das getrocknete Material in den Ofen befördert wird. Die J. G. Neumann'sche Fabrik beschäftigt während der Kampagne 110 bis 120 Arbeiter und produziert im Laufe des Jahres 3 1/2 — 4 Millionen Ziegeln, Drainröhren etc. Das Absatzgebiet ist die Stadt Bromberg und die umliegenden Orte. Auch bis nach Rußland gehen die Fabrikate. Letztere erfreuen sich eines guten Rufes, besonders bei den Behörden, weshalb sie zu größeren fiskalischen Bauten bisher Verwendung fanden.

Die Zahl der Ziegelbrennereien bzw. Ringöfen in der Stadt und der nächsten Umgebung beläuft sich im Ganzen auf elf. Von diesen wollen wir hier noch anführen die des Stadtrath Lechner an der Schubinerstraße. Es ist ein Ringofen mit Dampfbetrieb, verbunden mit einer Schlemmerei (zum Reinigen des Thones) mittels Dampfbetriebes, eine Einrichtung, wie sie andere Ziegeleien nicht haben. Die Fabrik beschäftigt gegen 60 Arbeiter und liefert jährlich 2 Millionen Ziegel. — In der Nähe des Bahnhofes in der Follersstraße befindet sich die Ziegelei des Kaufmanns Dörffel, ebenfalls ein Ringofen, welche jährlich 1 1/2 Millionen Ziegeln etc.

liefert. Nennenswerth sind noch die Ziegeleien des Gutsbesizers Peterson-Schleusenau, die Bollmann'sche Ziegelei in Jägerhof, die Ziegelei des Sanitätsraths Dr. Vile in Prinzenhof etc.

Von der Ziegelfabrikation kommen wir auf die Fabrikation der Ofen und da besitzt Bromberg als leistungs-fähigste die Ofenfabrik von Fietz und Meckel. Ihre Fabrikate gehen nach allen Theilen Deutschlands. Das Hauptabsatzgebiet umfaßt aber die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Schleisen und Posen. Leider ist der Firma, Inhaber Carl Meckel, das frühere große Absatzgebiet nach Polen bzw. Rußland infolge der Zollverhältnisse gänzlich verloren gegangen. Die Firma wurde auf verschiedenen Ausstellungen mit der Staatsmedaille, sowie mehreren goldenen und silbernen Medaillen ausgezeichnet. Die Fabrik ist im Jahre 1843 von dem Vater des gegenwärtigen Firmeninhabers etabliert. Im Herbst 1893 feierte demgemäß die Fabrik das Fest ihres 50-jährigen Bestehens. — Eine zweite Ofenfabrik ist die des Köpfermeisters Hannemann, Wilhelmstraße. — Bei Besprechung von Brombergs Industriestätten darf auch die Fabrik von feuerfester Stein-Dachpappe, Asphalt und englischer Dachglatur, Holzcement etc. von J. Pietischmann (Jakobstraße) nicht fehlen. Begründet wurde das Geschäft von dem Vater des gegenwärtigen Besitzers J. Pietischmann im Jahre 1845, nachdem derselbe naturalisirt von — er war österreichischer Unterthan — um das Bürger- und Meisterrecht erworben hatte. Das Geschäft aus kleinen Anfängen entstanden, gedieh sichtlich. Durch immerwährende Erweiterungen z. B. im Anfang der 50er Jahre, durch Anlegung einer Dachpappen-, Asphalt- etc. Fabrik, im Jahre 1872 durch Anlegung einer Bauklempnerei und anderer Unternehmen ist es auf den heutigen Standpunkt seines großen Umfanges gelangt. Das gegenwärtige Absatzgebiet der Firma umfaßt die Provinzen Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen. Der früher bedeutende Absatz in Polen, russisch Litthauen, Kurland, Livland, etc. ist durch den unerschwinglich hohen Zoll seit einigen Jahren abgeschlossen. Der gegenwärtige Besitzer des Geschäfts ist Hermann Pietischmann, der Sohn des Begründers, welcher seit dem 1. April 1862, mit Ausnahme der Unterbrechungen für seine weitere praktische und theoretische Ausbildung und Erfüllung der Militärpflichten in der Firma thätig ist. — Eine erst in neuerer Zeit entstandene Industriestätte Brombergs ist die Stuck- und Kunststeinfabrik von Otto Trenner (Bahnhofstraße). Dieselbe hat seit einigen Jahren infolge einer Erweiterung erfahren, als in derselben jetzt auch Granitoid-Kunststeinsplitten (künstlicher Granit) für Gehbahnen, Bahnsteige, Flurböden etc. angefertigt werden. An Härte, geringen Abnutzung, Wetterbeständigkeit über-

† Zur Nachfeier der Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals finden bekanntlich zu Kiel allerlei Festlichkeiten statt, darunter Seeregatten. Die erste wurde wie gemeldet am 25. d. M. veranstaltet und siegte dabei bekanntlich u. a. in der 1. Klasse die Yacht des Kaisers „Meteor“ mit 2 Stunden 31 Minuten 48 Sek. korrigierter Seegest. Auch bei der Seeregatta am 26. d. M. siegte in der 1. Klasse der „Meteor“ mit 3 Stunden 46 Min. 19 Sek. gefegelter und 3 Stunden 49 Min. 7 Sek. korrigierter Zeit; den zweiten Preis gewann der Londoner „Viking“ des Grafen von Colodra mit 4 Stunden 37 Min. 31 Sek. gefegelter und 4 Stunden 37 Min. 31 Sek. korrigierter Zeit. In den folgenden Klassen segelten Yachten folgender Besitzer: Dueshaus in Falkenstein a. d. Elbe, Contre-Admiral von Dieblich, Frhr. v. Bedwitz-Berlin, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, B. Albus-Berlin, Kapitänleutnant von Bülow, Otto Fude-Berlin, A. Tietjens-Hamburg und A. Rossmann-Hamburg.

Pösaies.

Pösaies, 28. Juni.

n. Der Erbprinz von Sachsen-Meinungen, kommandirender General des VI. Armee-Korps, traf gestern 2 Uhr 12 Min. Mittags von Breslau hier ein und fuhr nach kurzem Aufenthalt in der Richtung nach Thorn weiter. Zu seiner Begrüßung hatte sich der Kommandeur der 10. Kavallerie-Brigade, Oberst v. Hobe, auf dem Bahnhofe eingefunden.

*** Der bei der Veranlagung der Gemeinde-Einkommensteuer von fiskalischen Domänen- und Forstgrundstücken für das laufende Steuerjahr der Gemeinden zu Grunde zu legende, aus diesen Grundstücken erzielte etatsmäßige Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben beträgt unter Berücksichtigung der auf denselben ruhenden Verbindlichkeiten und Verwaltungskosten nach den Stats für 1. April 1895/96 in der Provinz Pösaies 117,3 Proz., in Schlesien 153 Proz., in Ostpreußen 142,8 Proz. und in Westpreußen 159,2 Proz. des Grundsteuer-Metnertrages.**

*** Personalnotiz.** Der bisherige Verwaltungs-Direktor August Adolph Hilmar v. Döbber aus Bromberg ist zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath bei der königl. Rechnungskammer ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 27. Juni. Der Kaiser stattete heute Nachmittag der Kaiserin im Schlosse einen Besuch ab. — Der Chef des Zivilkabinetts, Winkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, ist heute Nachmittag und der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg heute Abend von hier abgereist.

Kiel, 27. Juni. An Bord der „Hofenholzen“ fand heute eine Mittagstafel von etwa 30 Gedecken statt, wozu die hier anwesenden Besucher von Yachten, welche der englischen Aristokratie angehören, mit ihren Damen, sowie der Vize-Admiral z. D. Borsch, der preussische Gesandte in Karlsruhe und Kontre-Admiral a. la suite der Marine Gehelmrath von Emdenher nebst Gemahlin, der frühere Gesandte von Bismarck mit Gemahlin, Graf Ablefeldt, Baron S. und A. von Bismarck und der Kontre-Admiral Graf Waldersee geladen waren. Am Vormittage hatte der Kaiser einer internen Klubfahrt für Boote von Kriegsschiffen auf der Kieler Bucht beigewohnt.

Hamburg, 27. Juni. Nach einer Meldung der „Hamb. Börsenbl.“ gedenkt „Det forenede Dampsskibsselskab“ in Kopenhagen demnächst eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Odensee und Hamburg durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal einzurichten; ebenso wird die biesige Bismarck-Linie-Actien-Gesellschaft eine regelmäßige wöchentliche Dampferverbindung zwischen Hamburg und den mecklenburgischen Häfen Bismar und Rostock durch den genannten Kanal aufnehmen.

treffen diese künstlichen Granitfliesen alle anderen Kunst-, auch die Thonfliesen. Die in Rede stehenden Fliesen werden unter 200 bis 300 Atmosphären hydraul. Druck mittels Dampftrieb hergestellt und haben sich in vielen Städten Pösaies, Ost- und Westpreußens eingeführt. — Außerdem fertigt die Firma, welche von dem Vater des jetzigen Besitzers im Jahre 1853 begründet ist, Mosaikfliesen à la Metlach, Cementdachsteine, Cementbetonröhren, Treppentufen, Bauelemente, Pferde-, Kind- und Schweinekrücken, überhaupt alle Arbeiten aus Cementkunststein. Ferner befindet sich in der Fabrik ein Bildhauer-Atelier, in demselben werden sowohl Figuren als auch Ornamente modellirt, die demnächst in Stuck- oder künstlichem Sandstein zur Ausführung gelangen. Zum Betriebe großer Kies- und Sandwäsche, zweier Granitsteinbrecher nebst Sortiermaschinen, einer hydraulischen Pumpe, zweier großer hydraulischer Pressen mit 350 atmosph. Druck, einer Polirmaschine, Modellschleierei zc. dient eine 24 pferdekraftige Dampfmaschine. Das Abgabegbiet der Fabrik, in welcher zeitweise über 100 Arbeiter beschäftigt sind, erstreckt sich auf die Provinzen Pösaies, Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern und auch Rußland.

Zu einen der bedeutendsten industriellen Etablissements Brombergs, welches aus einer Gerberei mit zwei Arbeitern sich zu dem jetzigen Betrieb mit 100 Arbeiter emporgeschwungen hat, gehört auch die Lederfabrik von Ludwig Buchholz (Albertstraße). Bis zum Jahre 1865 befand sich die Gerberei in der Pfarrstraße am rechten Brauseufer. Im Jahre 1865 ist die Anlage nach ihrem jetzigen Heim verlegt worden. Die Lederzucht geschieht hier mittels Dampftriebes durch zwei Dampfmaschinen à 50 Pferdekraften und durch Hilfsmaschinen, wie solche bei der Lederzubereitung überhaupt gebraucht werden. Gegerbt werden jährlich bis 40000 Stück Häute. Das Abgabegbiet für die Fabrikate ist Ost- und Westpreußen, Pommern, Pösaies, Berlin. Vor einigen Monaten feierte die Fabrik das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Neben dieser Fabrik oder mit derselben verbunden ist gleichzeitig — wie schon früher erwähnt — eine Dampfschneidemühle, in welcher 3000 Stück Blöcke zu Brettern jährlich geschnitten werden. — Anschließend hieran und um beim „Leder“ zu bleiben, bemerke ich, daß Bromberg auch eine Schuhfabrik von Julius Brilles besitzt. Anfänglich eine Schäftefabrik, in welcher einige wenige Arbeiter beschäftigt wurden, ist das Etablissement allmählich gewachsen; gegenwärtig giebt es über 100 Arbeitern Beschäftigung. Sammtliche Fabrikate — Schuhe — werden mit allen der Neuzeit entsprechenden Maschinen für dergleichen Arbeiten hergestellt. Die Fabrikate finden Absatz in ganz Deutschland.

Wien, 27. Juni. [Abgeordnetenhaus.] In der Budgetgeneraldebatte sprechen Ferjanec, Wastko, Weber, Deblak für und Scheicher, Schwarz, Steiner und Gregr gegen das Budget. Ferjanec erklärt, die Slovenen würden weiter trachten, mit den Konserwativen die besten Beziehungen zu unterhalten. Die Slovenen würden dem Staatsvoranschlage keine Schwierigkeiten bereiten. Wastko führt aus, die Rumänen hielten treu zu Kaiser und Reich, sie erwarteten den Schutz der Regierung. Gregr wünscht jehntlich einen Ausgleich mit den Deutschböhmen, allein nicht auf Grundlage des Wiener Ausgleichs, sondern einer solchen, welche die Stabilisierung der Deutschen und die Germanisierung der Böhmen auschliesse. Oesterreich sei nur nach föderalistischen Grundsätzen zu regieren. Die Jungescheu machten nicht dem österreichischen Staatsoppositon, sondern bekämpften nur das centralistische Regierungssystem.

Paris, 27. Juni. [Deputirtenkammer.] Bei der Debatte über den Nachtragkredit für den Sudan hält Isaac die Behauptung aufrecht, die Sklaverei existire immer noch im Sudan. Couhard, der Deputirte von Senegambien, widerpricht dieser Behauptung und verlangt, es soll Oberst Archinard abgefordert werden, um Samory zu bekämpfen und zu verjagen. Der Minister für die Kolonten, Chauteemps, erklärt, die Vorfälle im Sudan seien übertrieben worden. Oberst Montell habe eine Unklugheit begangen, indem er mit nur 300 Mann Samory angriff, der über 12000 Mann verfügte. Er rühme den Heldenthum Montells, habe ihn aber zurüdrufen müssen, weil seine Anordnungen ohne Zusammenhang gewesen seien. Die Sicherheit an der Eisenbahnküste sei unerschüttert, die militärische Lage befriedigend. Der Minister rechtfertigt fobann die Einsetzung eines Generalgouvernements in Westafrika und nimmt das Vertrauen der Kammer in Anspruch.

Paris, 27. Juni. Die betreffende Kommission der Kammer beschloß die aus den südwestlichen Departements eingegangenen Petitionen betreffend die Erbauung eines Kanals vom Atlantischen zum Mitteländischen Meere dem Arbeitsminister mit dem dringenden Ersuchen zu überweisen, das Kanalprojekt prüfen zu lassen, damit die Kammer im nächsten Jahre darüber berathen könne.

Thon, 27. Juni. Die „Missions catholiques“ veröffentlichten eine Depesche aus Schanghai, wonach die Verfolgungen der Missionare in der Provinz Szö-Tschwan aufgehört haben; durch ein kaiserliches Edikt sei der Ersatz der entstandenen Schäden angeordnet worden.

Brüssel, 27. Juni. Die Repräsentanten-Kammer beendigte heute unter heftigem von den Sozialisten hervorgerufenen Tumulte die Verathung der vorläufigen Maßnahmen bezüglich des Kongostaats. Vor der Abstimmung verließen die sozialistischen Deputirten den Saal. Die Kammer genehmigte alsdann mit 71 gegen 16 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen die Rückzahlung der Schuldforderung, welche das Banthaus de Browne - de Tiege an den Kongostaat hat, und bewilligte ferner mit 66 gegen 15 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen das hypothekendarische Anlehen für die Kongo-Eisenbahngesellschaft.

London, 27. Juni. [Oberhaus.] Lord Salisbury führte aus, er beabsichtige nicht, eine Erklärung über die Politik des neuen Kabinetts abzugeben, da die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei. Die Regierung habe augenblicklich nur eine Politik, nämlich sobald als möglich das Parlament aufzulösen. Er hoffe, daß die Auflösung am 8. oder 9. Juli stattfinden werde. Die Regierung werde alles, was sie könne, thun, um die Entscheidung der Wähler zu beschleunigen, die allein die Linie der zu befolgenden Politik vorzeichnen könnten. Lord Rosebery erklärte, er wäre überrascht, daß die Regierung ihre Politik von der Auflösung abhängig machen wollte; die vorige Regierung sei bereit gewesen, ihre Politik dem Urtheile des Landes zu unterwerfen, die gegenwärtige Regierung biete aber nur ein leeres Blatt als ihre Politik. Redner bat dann um Aufklärung, warum Lord Salisbury den bisherigen Kriegsminister Campbell Bannerman an den Dienstag habe auffordern lassen, die Siegel seines Amtes auszuüben, was ein ungewöhnliches Verfahren wäre. Lord Salisbury erwiderte, die Opposition müßte warten, bis die Regierung gebildet wäre, ehe eine Erklärung bezüglich der Politik abgegeben werden könnte. Bezüglich des Kriegsministers habe er gelautet, es sei im Interesse der wichtigen Obliegenheiten des Kriegsministeriums wünschenswert, daß dort kein Interregnum eintrete, vielmehr dieser Posten sofort besetzt werde. Er wäre in rein freundschaftlicher Verbindung mit Campbell Bannerman geblieben, als er ihn durch seinen Privatsekretär fragen ließ, ob es ihm angenehm wäre, ihm die königlichen Amtssiegel eber auszuhandigen, und ob er, wenn er wünsche, die Reise nach Windsor zu vermeiden, dieselben durch den Privatsekretär überbringen lassen wolle. Eine Beleidigung Campbell Bannermans sei nicht beabsichtigt gewesen; nichts hätte seiner Absicht ferner gelegen, als gegen Campbell Bannerman unhöflich zu sein. Lord Rosebery erklärte sich durch die Antwort Lord Salisburys für befriedigt. Das Haus vertagte sich fobann auf morgen.

London, 27. Juni. Im Auswärtigen Aute wurden gestern Abend die Delegirten des internationalen Eisenbahn-Kongresses vom Präsidenten des Handelsamtes Bryce empfangen; bei dem Empfang waren auch anwesend der Prinz von Wales, der Herzog von Cambridge, der Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha und Lord Rosebery.

Kopenhagen, 27. Juni. Der am 18. d. Mts. zwischen Dänemark und Belgien abgeschlossene Handelsvertrag ist heute amtlich veröffentlicht worden. Der Vertrag ist für 10 Jahre abgeschlossen und räumt beiden vertragsschließenden Mächten die Rechte einer meistbegünstigten Nation ein.

Hamburg, 28. Juni. In dem Prozesse gegen die Gruppe von Banknotenfälschern verurtheilte der Gerichtshof nach längerer Verathung die Angeklagten Thies und Cronemeyer zu acht Jahren, Reiter zu vier Jahren, Detow zu drei Jahren Zuchthaus und Weber zu vier Monaten Gefängnis. Die Strafe des letzteren wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Der Angeklagte Gentsch wurde freigesprochen und sofort freigelassen.

Salbach, 28. Juni. Seit dem 10. Juni wurden tagtäglich in einem Hause in Salzbüttel zahlreiche, oft 20 und mehr, Erdstöße verspürt. Am 23. Juni Abends wurde eine stärkere Erderschütterung und intensiver, mehrstündig anhaltender Schwefelgeruch mit Rauchentwicklung beobachtet.

Rom, 28. Juni. Der Herzog und die Herzogin von Aosta werden am 6. Juli, von London kommend, hier eintreffen. Die Nachricht, daß der Papst dem Paar eine Audienz verweigert habe, wird vom „Osservatore Romano“ dementirt.

Petersburg, 28. Juni. Hier glaubt man nicht an das Scheitern der russisch-chinesischen Anleihe und erwartet in den nächsten Tagen Nachrichten vom Gesandten in

Peking. Jedenfalls siehe so viel fest, daß Rußland unter keinen Umständen eine Zunahme des englischen Einflusses in China dulden würde. Eine Einbuße des russischen Ansehens würde mit allen Kräften verhindert werden, besonders jetzt, wo der englische Kabinettswechsel eine energischer Politik nöthig erscheinen lasse.

Paris, 28. Juni. Das französische Geschwader ist von Kiel in Cherbourg eingetroffen; die Ankunft hat sich wegen des stürmischen Wetters verzögert.

Der Empfang des französischen Botschafters durch den Zaren wird von den Blättern als hochpolitisches Ereigniß hingestellt. Es wird behauptet, die Dokumente des russisch-französischen Vertrages würden demnächst veröffentlicht, und hinzugefügt, der Vertrag sei schon unter Carnot geschlossen.

Paris, 28. Juni. Schluß der gestrigen Kammeritzung. Der frühere Kolonialminister Delcassé tadelt das Verhalten Chauteemps, die Expedition Montells zurückzurufen statt zu verstärken. Nach weiterer Debatte nimmt die Kammer mit 322 gegen 3 Stimmen ein Vertrauensvotum an.

Madrid, 28. Juni. Canovas theilte dem Minister-rathe die Depesche des Marschalls Martinez Campos mit, belegend, daß eine Verstärkung von 40000 Mann nöthig sei, um die Aufständischen in der Regenzeit in der Offensiv anzugreifen.

Madrid, 28. Juni. Unter lebhaften Abschiedsbedingungen der Menge ist heute ein Bataillon von hier abgegangen, welches sich in Cadix nach Cuba einschiffen wird.

Kopenhagen, 28. Juni. Die fremden Journalisten, welche gestern Kopenhagen verlassen haben, sprachen vorher dem Bürgermeister ihren Dank für den großartigen Empfang aus.

Sofia, 28. Juni. In der Strafanstalt Marzginem brach eine Revolte aus, bei deren Unterdrückung mehrere Verwundungen vorkamen.

Sofia, 28. Juni. Der „Progress“ schreibt: „Wir stehen auf Seiten der Macedonier, unserer Brüder. Wir erwarten, daß Europa seinen barbarischen Duldungen und die Macedonier unterstützen wird.“ — Das amtliche Organ dagegen schreibt noch immer, es handle sich in Macedonien nicht um einen Aufstand, sondern nur um Schamazelkriegen zwischen Heiden und türkischen Truppen; vor Allem sei die Behauptung von einer Erhebung der christlichen Bevölkerung gegen die türkischen Behörden gänzlich unbegründet.

Die Versteigerung der zur Kaminski'schen Kontursmasse gehörigen Weine, Champagner, sowie ferner noch einer Parthe Cigarren und Thees wird heute Freitag, d. 28. d. M., von Nachmittag 3 Uhr ab im Hotel Victoria, Berlinerstraße 17, fortgesetzt.

Scholz, Gerichtsvolkzieher.

Produkten- und Börsenberichte.

**** Liquidations-Kurse per Monat Juni.** (Die eingekammerten Ziffern sind Mal-Kurse.) Proz. Deutsche Reichsanleihe 99,70 (98,6), Proz. Preuß. Konfols 99,80 (99,10), Oester. Kredit 251,50 (248,75), Lombarden 46,75 (45,00), Rumänien 184,75 (182,00), Berliner Handelsgesellschaft 160,00 (160,25), Darmstädter Bank 158,00 (158,25), Deutsche Bank 194,75 (196,75), Diskont.-Kont.-mandat-Nachtheile 221,5 (216,0), Dresdner Bank 165,75 (164,50), Nationalbank für Deutschland 143,50 (141,75), Russische Bank für auswärtigen Handel 129,00 (129,00), Wiener Bankverein 165,50 (163,00), Aachen-Maitricht 81,00 (84,75), Dortmund-Gronau 138,50 (138,00), Lübeck-Büchen 152,75 (153,00), Mainz-Ludwigshafen 118,50 (120,50), Marlenburg-Mlawka 87,25 (86,50), Ostpreussische Südbahn 100,50 (96,50), Werrabahn 74,50 (74,50), Böhmisches Nordbahn 208,00 (200,00), do. Westbahn —, —, Buchtbrader 283,00 (285,50), Canada 52,50 (51,50), Gotthardbahn 187,75 (186,25), Italienische Meridional 128,00 (125,75), Mittelmeerbahn 93,75 (93,25), Jura-Simplon 97,25 (94,00), Oester. Nordwestbahn 143,00 (140,50), Elbethalbahn 147,51 (145,00), Oester. Südbahn —, —, Prince Genrbahn 83,75 (86,75), Russische Südbahn —, —, Schweizer Centralbahn 146,00 (140,50), do. Nordostbahn 141,75 (141,75), do. Union 99,00 (96,75), Barikau-Wien 288,00 (273,00), Aegyptier 104,75 (105,25), Italienische Rente 89,30 (89,00), Mexikaner 92,80 (89,10), do. 1890 93,00 (89,30), Oester. 1860er Loose 158,75 (169,00), Russische 4proz. Konfols 103,00 (103,50), do. 1880er Anleihe 101,75 (102,25), 4proz. Russische Staatsrente 67,90 (68,00), lomb. Türken 25,90 (26,00), Türkensloose 144,50 (151,75), Türkische Tabak-Regie-Aktien 247,50 (254,00), Ungarische 4proz. Goldrente 103,75 (103,50), do. Kronen 99,10 (98,20), Bochumer Gußstahl 160,0 (160,75), Konfolidation 190,00 (187,50), Dannenbaum 106,00 (100,75), Dortmunder Union-Stamm-Aktien 70,50 (74,00), Gelsenkirchen 172,25 (168,75), Anglo-Cont.-Guano 127,50 (123,00), Hamburger Badefahrt 104,50 (103,50), Harpener 155,25 (149,75), Hibernia 157,50 (154,00), Laurahütte 135,75 (138,25), Nordb. Lloyd 108,00 (107,50), Truist-Comp. 147,50 (153,25), Russische Noten 220,00 (220,50). Heutiger amtlicher Durchschnitts-Kurs für Deutsche Fonds und Eisenbahn-Aktien. Amtlicher Durchschnitts-Kurs vom 28. d. M. für österreichische Noten, Wechsel pr. Wien und Petersburg.

Breslau, 26. Juni. (Schlußkurse.) Schwach. Neue 3proz. Reichsanleihe 99,40 3/4proz. S.-Bantbr. 100,55, Konfols. Türken 26,00 Türk. Loose 145,25, 4proz. ung. Goldrente 103,75, Bresl. Diskontobank 117,50, Breslauer Wechselbank 106,50, Kreditaktien 252,00, Schle. Bankverein 127,00, Donnermarkttheile 134,50, Rüsther Maschinenbau —, Rattowiser Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttendetrieb 150,60, Oberchle. Eisenbahn 83,00, Oberchle. Portland-Cement 102,00, Schle. Cement 168,20, Oppeln. Cement 120,50, Kramsta —, Schle. Zinkaktien 202,00, Laurahütte 137,15, Verein. Delfabr. —, Oesterreich. Banknoten 168,40, Russ. Banknoten 219,90, Schle. Cement 103,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 99,25, Breslauer elektrische Straßenbahn 193,50, Caro Segenscheidt Aktien 87,00, Deutsche Kleinbahnen —, Breslauer Spiritfabrik 138,40.

London, 27. Juni. (Schlußkurse.) Ruhig. Engl. 2 1/2proz. Konfols 107 1/2, Preuß. 4proz. Konfols —, Italien. 5proz. Rente 89 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 108 1/2, lomb. Türken 25 1/2, Oester. Silber. —, Oester. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 103 1/2, 4proz. Spanier 68, 3 1/2proz. Egyptier 102 1/2, 4proz. unifiz. Egyptier 104, 3 1/2proz. Tribut-Anl. 98 1/2, 6proz. Mexikaner 92 1/2, Ottomanbank 18 1/2, Canada Pacific 54 1/2, De Beers neue 22 1/2, Rio Tinto 15 1/2, 4proz. Rupees 58 1/2, 6proz. fund. arg. A. 77, 5proz. arg. Goldanleihe 69 1/2, 4 1/2proz. auß. do. 46, 3proz. Reichsanl. 98 1/2, Griech. 81, Anleihe 33 1/2, do. 87er Monopol-Anl. 37, 4proz. Griechen 1883er 28, Bras. 89er Anl. 76, 5proz. Western de Min. 53 1/2, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 87 1/2, Blazdiskonto 1/2, Silber 30 1/2, Anatolier 94.

Wechselnotierungen: Deutsche Bläke 20,58, Wien 12,26, Paris 25,35, Petersburg 25 1/2.

Paris, 27. Juni. (Schlußkurse.) Träge. 3proz. amortis. Rente 101,20, 3proz. Rente 101,65, Italien. 205,75, do. Wien II. 205,62, do. Madrid I. 423,50, Meridional-A.

